

Europäische Meerespolitik - Konferenz des Ostseeraums am 21. September 2006 in Kiel

Gastgeber: Landesregierung Schleswig-Holstein, Baltic Sea States Subregional Cooperation (BSSSC) und Frei und Hansestadt Hamburg

(weitere Informationen: www.MaritimeConference2006.com)

Schlusserklärung

Stellungnahme der Konferenz des Ostseeraums zum Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“

I. 10-Punkte-Programm der Kieler Konferenz zur Konkretisierung einer integrativen Europäischer Meerespolitik

Die Konferenz des Ostseeraums begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, eine gemeinsame Europäische Meerespolitik zu entwickeln. Sie unterstützt ausdrücklich den von der Kommission vorgeschlagenen integrativen Politikansatz. Eine Europäische Meerespolitik erscheint in besonderer Weise geeignet, die Ziele der Lissabon-Strategie - Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung - mit den ergänzenden Zielen des Gipfels von Göteborg - soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung - zu verbinden und exemplarisch umzusetzen. Sie bekräftigt, dass alle diese Ziele nur auf Basis einer intakten Meeresumwelt erreicht werden können.

Die Konferenz sieht in der gleichrangigen Integration und Abwägung aller maritimen Politik- und Handlungsfelder auf der Grundlage eines intakten Ökosystems eine notwendige Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Meerespolitik. Die notwendige Einbeziehung aller politischen Ebenen und Sektoren erfordert die Entwicklung neuer Instrumente, eine bessere Koordinierung und ein Umdenken aller Beteiligten. Ziel muss der Ausgleich bislang konkurrierender Interessen und die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins und einer gemeinsamen meerespolitischen Zielsetzung sein. Dieses wird jedoch nur dann gelingen, wenn der Mehrwert koordinierter Politik für alle Beteiligten erkennbar ist.

Vor diesem Hintergrund hält die Konferenz eine systematische und möglichst konkrete Darstellung zu erwartender positiver Effekte durch eine integrative

Meerespolitik inkl. volkswirtschaftlicher Kosten-/Nutzenbetrachtung für erforderlich. Aufgezeigt werden sollten sowohl potenzielle Synergieeffekte an den Schnittstellen verschiedener Politik- und Handlungsfelder z.B. durch die Beschleunigung von Planungsprozessen, als auch der Mehrwert einer integrativen Europäischen Meerespolitik gegenüber lediglich sektorialem Handeln.

Die Fortschreibung bestehender Potenzialanalysen und Studien über die maritime Wirtschaft Europas und wirksame Maßnahmen zum Meeresschutz sollte Grundlage künftiger Europäischen Meerespolitik sein.

Die im Folgenden formulierten Erwartungen an die EU-Kommission und die Ostseeanrainerstaaten konzentrieren sich auf Maßnahmen und Instrumente, die geeignet erscheinen, den integrativen Politikansatz umzusetzen, und solche, die aus der spezifischen Sicht des Ostseeraums von besonderer Bedeutung sind. Auf eine umfassende Darstellung bekannter sektoraler Forderungen wird in diesem Zusammenhang verzichtet.

Die naturräumlichen, politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen des Ostseeraums bestimmen maßgeblich die Erwartungen der Konferenz.

Die Konferenz des Ostseeraums hat folgende vorrangige Erwartungen an die EU-Kommission und die Ostseeanrainerstaaten zur Konkretisierung einer integrativen Europäischen Meerespolitik:

1. Wissensgrundlage verbreitern

- Einrichtung eines virtuellen Netzwerks europäischer Meeresforschungsinstitute, unter Einbeziehung des gemeinsamen Ostsee-Forschungsprogramms BONUS-169
- Verstärkung der europäischen Forschungsförderung im Bereich der marinen Wissenschaften und Technologien hinsichtlich der Bewältigung globaler Herausforderungen wie Erderwärmung, Klimawandel, Verknappung fossiler Energien, des zunehmenden Risikos von Naturkatastrophen, Schutz mariner Ökosysteme, Erhalt der Biodiversität, des starken Anstiegs von maritimen Handel und Transport sowie der Nahrungs- und Energienachfrage, ebenso wie im Bereich der hiermit verbundenen Chancen für innovative Technologien und Entwicklungen
- stärkere Berücksichtigung maritimer Forschung im europäischen Forschungsrahmenprogramm und in der nationalen Forschungsförderung
- Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich neuer innovativer Zukunftstechnologien wie nachhaltige Blaue Biotechnologie, sichere

Gewinnung und energetische Nutzung von Methanhydraten, alternative Schiffsantriebe, Ballastwasser freie Schiffe etc.

- Maßnahmen zur Verhinderung von IPR drain (Intellectual Property Rights)

2. Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsperspektiven der maritimen Wirtschaft verbessern

- Förderung der Bildung von maritimen Clustern sowie Vernetzung der bestehenden maritimen Cluster
- Förderung der maritimen Wirtschaftssektoren, in denen Europa bereits eine Vorreiterrolle einnimmt (z.B. Schiffbau, Seeverkehr, Tourismus, Offshore Energiegewinnung),
- Förderung der maritimen Sektoren, denen das größte Wachstums- und Arbeitsplatzpotential zugesprochen wird (neben Seeverkehr z.B. Hafenwirtschaft, Erzeugung regenerativer Energien, Kreuzfahrttourismus, nachhaltige Aquakultur, Unterwasserkommunikation, Biotechnologie)
- langfristig ausgerichtete Technologieförderung
- Initiierung integrativer Konzepte und Entwicklungen für maritime technologische Innovationen, die eine Vorreiterrolle für verbesserte internationale Standards in Bereichen wie Schiffssicherheit und Meeresschutz übernehmen können (z.B. Entwicklung eines European Clean Port, eines European Clean Ship oder des Crashworthy Ship und des Low Emission Ship wie in der Vision 2020 der Waterborne Technology Platform dargestellt)
- Erreichen und Bewahren eines fairen globalen Wettbewerbs („level playing field“) für die europäische maritime Industrie
- Verbesserung der Verlinkung und des Transfers zwischen Meeresforschung und technologischer Forschung & Entwicklung
- Umsetzung nachhaltiger, ökosystemorientierter Fischerei und Aquakultur
- Attraktivitätssteigerung seefahrtbezogener Berufe und Arbeitsplätze, Verbesserung von Schiffssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Schifffahrtunternehmen durch Realisierung eines hohen Qualifizierungsstandards in Aus- und Fortbildung sowie
- Sicherstellung von Mindeststandards für Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen im Seeverkehr
- Förderung von maritimen Beschäftigungsmöglichkeiten und Ermöglichung von dauerhafter Unterrichtung in maritimen Ausbildungsfeldern durch ausreichende Schul- und Hochschulkapazitäten rund um die Ostsee
- Entwicklung eines langfristigen Konzepts zur Unterstützung von Bildung und Förderung von Karrierechancen im maritimen Sektor

3. Meeresumwelt schützen

- mehr Nachdruck für wirksame Maßnahmen zum Stopp von Überfischung und exzessiven Beifängen
- weitere Konkretisierung der Meeresstrategie-Richtlinie (hier: der Umweltziele und des Zeitplans, bessere Koordination mit anderen meeresumweltrelevanter Regelungen) als Umweltsäule der zukünftigen Europäischen Meerespolitik
- Einbeziehung von Immissionsschutz, Oberflächengewässerschutz und Aspekten der Agrarpolitik in die Instrumente der Meeresschutzpolitik (80 % der Schadstoffeinträge in die Meere werden an Land verursacht) und umgekehrt
- Verpflichtung zur Umsetzung des geplanten Baltic Sea Action Plan der Helsinki Commission (HELCOM) mit Aktionen zur Reduzierung von Luft-, Boden- und Meeresverschmutzung im Ostseeraum und seinem Einzugsbereich
- Ausweitung der internationalen Übereinkommen zum Schutz der Biodiversität auf den Bereich der Meeresumwelt

4. Schiffssicherheit erhöhen

- Identifizierung fester Seerouten und Prüfung der Einführung einer Lotsenpflicht für Öltanker und andere Schiffe mit gefährlicher Ladung in der Ostsee sowie Prüfung der Einführung einer allgemeinen Lotsenpflicht in engen Schiffspassagen wie Kadettrinne oder Öresund
- bessere Seeverkehrsüberwachung durch Einrichtung eines Weitbereichsradars in besonders gefährlichen Schiffspassagen (z.B. Kadettrinne) und von AIS (Automatic Identification System)
- Anwendung einheitlicher Instrumentarien für die sicherheitsrelevante Kontrolle der gewerblichen Schifffahrt sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord
- Ausweitung der Hafenstaatkontrollen und Konzentration auf Risikofaktoren (unter Einbeziehung der Effekte des 3. Pakets der EU zur Schiffssicherheit)
- Unterstützung eines zwischenstaatlichen Führungs- und Datenverbundes zwischen den vorhandenen nationalen Diensten zur Küstenüberwachung, unter Einbeziehung des HELCOM Datennetzwerks
- Machbarkeitsstudie für eine Europäische Küstenwache, incl. Betrachtung von Kosten, Nutzen und Mehrwert auf allen Ebenen (europäisch, national, regional), unter Einbeziehung der etablierten transnationalen HELCOM-Zusammenarbeit bei Schiffsunfällen

- beschleunigte Umsetzung aller gezeichneten Übereinkommen der International Maritime Organization (IMO) und Sicherstellung des Vollzugs durch die Ostseeanrainerstaaten

5. Infrastruktur für ein wachsendes Seeverkehrsaufkommen schaffen

- Ausbau der „Meeresautobahnen“ und des „Short Sea Shipping“ und Unterstützung intermodaler Verkehrssysteme (z.B. Harmonisierung von Transportsystemen, Verbesserung der Hinterlandanbindung, Ausbau der Logistikketten)
- bessere Berücksichtigung der Hinterlandanbindung von Häfen bei der Festsetzung der Förderprioritäten im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V)
- nachhaltigen Ausbau von Häfen fördern
- Reduzierung der Umweltbelastungen in Häfen (z.B. Stromversorgung der Schiffe über Landanschluss, Einrichtungen für Schiffsabfälle)

6. Instrumente für eine integrative Meerpolitik entwickeln

- Studie: Mehrwert integrativer Meerpolitik gegenüber sektorialem Handeln
- Studie: Mehrwert von wirksamen Maßnahmen zum Meeresschutz gegenüber den volkswirtschaftlichen Kosten einer „business as usual“ Politik (unter Berücksichtigung begrenzter öffentlicher Haushaltsmittel und des Ziels der Minimierung von Verwaltungskosten)
- Fortschreibung bestehender Potenzialanalysen und Studien über die maritime Wirtschaft Europas
- Entwicklung eines europaweiten marinen Monitoring- und Datennetzwerks als Grundlage für marine Forschung und Wirtschaft sowie Meeresschutz, unter Einbeziehung bestehender Systeme
- Kosten-/Nutzenanalyse einer Kartierung der europäischen Küstengewässer und des Meeresbodens
- Entwicklung von transregionalen Raumplanungsinstrumenten für die Küstenzone
- Umsetzung der regionalen und nationalen Strategien für Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)
- Unterstützung der Einrichtung eines Europäischen Datenregisters mit regionalen und nationalen Raumplanungsdaten, basierend auf der Initiative INSPIRE der EU-Kommission
- Überprüfung aller meeresbezogenen Regelungen des EU-Rechts und internationaler Übereinkommen auf Wechselwirkungen mit dem Ziel, Widersprüche auszuräumen und mögliche Synergieeffekte zwischen verschiedenen Politikfeldern zu ermöglichen

- Entwicklung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeitsstruktur innerhalb der EU-Kommission und zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten im Bereich Meerespolitik
- Empfehlung zur Einrichtung eines Ausschusses für Europäische Meerespolitik im Europäischen Parlament

7. Europäische Finanzierungsinstrumente anpassen

- Bestandsaufnahme aller europäischen Förderprogramme und Finanzierungshilfen, die für die Europäische Meerespolitik genutzt werden können und ggf. Anpassung der Förderziele
- Auflage eines querschnittsorientierten Förderprogramms zur Initiierung integrativer Konzepte und Entwicklungen prüfen, die das Potential haben, in mehreren Sektoren Nutzen zu generieren und die als Leitprojekte Europäischer Meerespolitik geeignet erscheinen (z.B. Entwicklung European Clean Ship, eines European Clean Port)
- Berücksichtigung der Anliegen Europäischer Meerespolitik bei der Aufstellung der operationellen Programme zu den Struktur- und Kohäsionsfonds

8. Politische Partnerschaften nutzen

- Einbeziehung meerespolitischer Anliegen wie Schiffssicherheit und Meeresschutz in den Dialog mit der Russischen Föderation zum Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI)
- Integration der Ziele der Europäischen Meerespolitik in die Politik der Nördlichen Dimension
- Integration globaler meerespolitischer Anliegen in die WTO-Verhandlungen, die europäische Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit

9. Vorbildliches Regierungshandeln entwickeln und kommunizieren

- Veröffentlichung und ggf. Auszeichnung von best-practice-Beispielen zur Umsetzung integrativer Meerespolitik als Teil einer public awareness Kampagne der EU-Kommission
- Entwicklung von Leitprojekten einer integrativen Europäischen Meerespolitik

10. Europäische Meerespolitik weiter konkretisieren

- weitere Konkretisierung einer integrativen Europäischen Meerespolitik z.B. durch Vorlage eines Weißbuchs oder Aktionsplans durch die EU-Kommission (inkl. Festlegung ökonomischer Zielgrößen und ökologischer Qualitätsziele)

II. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region spricht sich die Konferenz des Ostseeraums für ein gemeinsames Vorgehen im Bereich Meerespolitik aus. Sie bittet insbesondere den Ostseerat (CBSS), die Initiative der Konferenz aufzugreifen und Impulse für die Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion zu setzen:

- Verbesserung der Zusammenarbeit der Ostseestaaten im Bereich Meerespolitik
 - unter Einbeziehung bestehender baltischer Organisationen und Initiativen wie BSSSC, Baltic Development Forum, Baltic Sea Chambers of Commerce, CPMR Baltic Sea Commission, HELCOM, Union of the Baltic Cities, Baltic Sea Parliamentary Conference, Baltic Sea Forum, Baltic 21 und Baltic Sea Task Force on Organized Crime
 - unter Einbeziehung der Conference of Ministers of Spatial Planning and Development of the Baltic Sea States und der Initiative "Visions and Strategies around the Baltic Sea 2010 (VASAB 2010)
 - unter Einbeziehung von Akteuren und Interessenvertretern der wesentlichen Handlungsfelder maritimer Politik
 - durch Einrichtung eines Netzwerkes aus Repräsentanten der Ostseeanrainerstaaten und o.g. baltischer Organisationen und Initiativen, das auf den bestehenden Kooperationsstrukturen aufbaut
 - durch Einsetzung eines Maritimen Koordinators oder Benennung eines CBSS Beauftragten zu Steuerung und Gestaltung des Entwicklungsprozesses.
- Entwicklung einer gemeinsamen Vision, z.B.
 - Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas bis zum Jahr 2015
 - Entwicklung der Ostsee zum saubersten und sichersten Meer Europas bis zum Jahr 2015
 - Entwicklung des Ostseeraums zur Pilotregion für die nachhaltige Koexistenz einer wettbewerbsfähiger Wirtschaft und eines wirksamen Schutzes der Ökosysteme
- Mögliche konkrete Vorhaben der Zusammenarbeit:
 - gemeinsame Positionierung des Ostseeraums bei der weiteren Konkretisierung der Europäischen Meerespolitik
 - Initiierung eines maritimen Clusters des Ostseeraums

- virtueller Forschungs- und Wissenschaftsverbund im Ostseeraum
- virtuelle Kommunikationsplattform für maritime best-practice-Beispiele, Beispiele von Good Governance und Informationsaustausch (Newsletter o.ä.) im Ostseeraum
- Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins und einer gemeinsamen Ostsee-Identität durch ostseeweite public awareness Aktionen (z.B. anlässlich des World Ocean Day 2006 am 8. Juni) und ostseeweite Aktionen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes
- Zertifikate z.B. für vorbildliche Tourismusprojekte, umweltverträgliche Schifffahrt etc.
- Verankerung meerespolitischer Anliegen in der Politik der Nördlichen Dimension
- Initiierung von Leitprojekten im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum (INTERREG IV B / Ziel 3 Ostsee)